Die Störungen der wirtschaftlichen Verhältnisse der oberschlesischen Großindustrie infolge des Mai-Juni-Aufstandes des Jahres 1921.

Auszug

aus einer Schrift zur Erlangung
der Würde eines Doctor rerum politicarum
bei der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Schlesischen
Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau

vorgelegt von

Heinz Goroll
aus Tarnowitz.

Breslau 1923.
Buchdruckerei „Merkur", Emil Wurst, Breslau 1, Schmiedebrücke Nr. 33

Gedruckt mit Genehmigung der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Breslau.

Referent: Professor Dr. Bräuer.

Gegenstand der Schrift ist die Darstellung und Untersuchung der Störungen der wirtschaftlichen Verhältnisse der oberschlesischen Großindustrie infolge des polnischen Mai—Juni-Aufstandes des Jahres 1921.

Der Verlauf des Aufstandes, durch den u. a. der Nachweis erbracht werden sollte, daß die oberschlesische Wirtschaft getrennt vom Deutschen Reiche bestehen könne, kann allein aus den nationalen Gegensätzen der einzelnen Bevölkerungsteile nicht erklärt werden. Man muß vielmehr auch die sozialen Gegensätze heranziehen, die sowohl im engeren Industriebezirk als auch in den ländlichen Bezirken parallel laufen und die nationalen Gegensätze verstärken.

Auch die wirtschaftlichen Erscheinungen des Aufstandes, die in der Arbeit unter allgemeinen Gesichtspunkten zusammengefaßt werden, sind nicht nur die nationalen, sondern in erster Linie auch durch die sozialen Gegensätze bedingt gewesen und mußten bei gleichzeitiger Berücksichtigung der natürlichen Verhältnisse und im Hinblick auf die geschichtliche Entwicklung ein eigenartiges Gepräge annehmen, das die Arbeit zu erklären und auf seine letzten Ursachen zurückzuführen versucht.

Dabei beschränkt sich die Arbeit jedoch auf die wirtschaftlichen Erscheinungen in der Großindustrie, die den wirtschaftlichen Charakter des Landes bestimmt.

Zunächst wird der Einfluß des Aufstandes auf die Produktions- und Absatzbedingungen der Großindustrie untersucht.

Die industriellen Führer und Leiter, aus dem übrigen Deutschen Reiche stammend und durchweg deutsch gesinnt, waren nicht nur dem Aufstandsterror der einheimischen polnisch gesinnten Arbeiterschaft, sondern auch Zwangsmaßnahmen der Aufstandsleitung ausgesetzt. Daß sie das Aufstandsgebiet verließen, war aus nationalen und privatwirtschaftlichen Gründen geboten. Andernfalls hätten sie zum Schaden der von ihnen geleiteten Unternehmungen an dem Nachweise mitwirken müssen, daß Oberschlesien auch getrennt vom Deutschen Reich bestehen könne.

Die dagebliebenen Betriebsführer waren in den ersten Wochen des Aufstandes von der Betriebsleitung ausgeschlossen; sie bekamen zwar nach und nach die Arbeiter wieder in ihre Hand. Doch blieb eine tiefe Zerrüttung des Arbeitsverhältnisses bestehen, die in kommunistischen und bolschewistischen Bestrebungen der im Aufstande nicht nur nationale sondern gleichheitig soziale Ziele verfolgenden Arbeiterschaft ihren Ausdruck fand, wobei die einzelnen Erscheinungen nur durch ihre Zurückführung auf die natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung erklärt werden können.

Sodann werden die Wirkungen der Unterbindung des Verkehrs untersucht, die auf die Verkehrslage und die Abhängigkeit der oberschlesischen Wirtschaft von der Zufuhr aus dem übrigen Deutschen Reich und dem Absatz dorthin zurückzuführen sind.

Eine eingehende Behandlung wird weiter den Geld- und Kreditverhältnissen, sowie der Lebensmittelbeschaffung während des Aufstandes gewidmet.

Die Störung aller Bedingungen für eine gedeihliche Fortführung der Betriebe des Steinkohlenbergbaues, der Eisen- und Zinkindustrie hätte an sich alsbald vernichtende Wirkungen ausüben müssen. Aber der lebendige Wirtschaftskörper wehrte sich gegen den sofortigen Tod durch Heranziehung der letzten Reserven an Hilfsstoffen und durch automatisch eintretenden Produktionsrückgang, ohne daß es ihm gelang, mehr als ein lethargisches Scheindasein zu führen, das zwar auf der ganzen Linie Verlustwirtschaft war, aber doch ohne nennenswerte Einstellung von Betrieben fortgeführt werden mußte, um eine nicht wieder gutzumachende Katastrophe zu verhüten.

Das Ergebnis war eine ungeheure Steigerung der Selbstkosten, die den eigentlichen Aufstandsschaden der Industrie darstellt, vor dem die direkten Schäden zurücktreten. Dazu kommen die Verluste der gesamten deutschen Volkswirtschaft, in der die oberschlesische Wirtschaft neben der rheinisch-westfälischen Industrie an zweiter Stelle gestanden hat.

Eine eingehende Darstellung wird den Methoden zur Erfassung der Aufstandsschäden gewidmet. Sodann wird die Frage nach dem Ersatz der Schäden untersucht, wobei die Maßnahmen und die Stellungnahme des Deutschen Reichs (Reichs- und Staatskommissariat für die oberschlesische Notstandshilfe und für die Feststellung der Aufstandsschäden) sowie der Interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission dargestellt und einer Kritik unterzogen werden.

Der Aufstand in seinen Wirkungen auf das Wirtschaftsleben hat erneut bewiesen, daß die oberschlesische Industrie nicht getrennt vom Deutschen Reich bestehen kann. Darüber hat auch die Entente nicht hinweggehen können. Wenn sie trotzdem den bedeutendsten Teil des Industriebezirks Polen zugesprochen hat, so hat sie doch versucht, im Genfer Diktat Bestimmungen zu treffen, die es Oberschlesien in einer Uebergangszeit von 15 Jahren ermöglichen sollen, sich auf die veränderten Verhältnisse umzustellen. Das Genfer Diktat ist ein Niederschlag der Lehren des Aufstandes; ob es seinen Zweck erfüllt, ist mehr als fraglich. Wenn es der im Kern noch deutschen Industrie des abgetretenen Gebietes gelingen sollte, auch nach dem Uebergang nach Polen halbwegs auf dem bis jetzt erreichten Stande der Entwicklung zu verbleiben, ohne zu verkümmern, so wird dies eine Tat sein, die in der Geschichte der Wirtschaft mit goldenen Lettern eingetragen werden muß.